

Erklärung der Reformbewegung zur Hungersnot in Gaza, 27. Juli 2025

Die anhaltende Krise in Gaza ist eine erschütternde Erinnerung an die immensen menschlichen Kosten des Krieges. Fast zwei Jahre nach Beginn des Krieges Israels gegen die Hamas warten die Israelis immer noch auf die Rückkehr ihrer als Geiseln festgehaltenen Angehörigen, während unschuldige Palästinenser in einer sich immer weiter verschärfenden humanitären Katastrophe gefangen sind. Die Hamas hat wiederholt gezeigt, dass sie bereit ist, das palästinensische Volk für ihr Ziel der Zerstörung Israels zu opfern. Aber auch Israel darf im Gegenzug nicht seine eigene moralische Stellung opfern. Weder die Eskalation des militärischen Drucks noch die Einschränkung der humanitären Hilfe haben Israel einem Geiselabkommen oder einem Ende des Krieges nähergebracht.

Zwar ließ dies lange auf sich warten und es ist noch nicht sicher, ob es wirksamer sein wird als frühere Bemühungen, doch wir sind ermutigt durch die Ankündigung vom Samstagabend. Demnach wird das israelische Militär die Praxis des Abwurfs von Hilfsgütern aus Flugzeugen wieder aufnehmen. Zudem wird es Hilfskonvois, darunter auch jene des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, erleichtern, sich entlang „ausgewiesener humanitärer Korridore“ durch Gaza zu bewegen. Darüber hinaus wird es die Kämpfe in Gaza vorübergehend für eine humanitäre Pause einstellen.

Niemand sollte unberührt bleiben von dem allgegenwärtigen Hunger, unter dem Tausende von Menschen in Gaza leiden. Es ist unangemessen, den Großteil seiner Zeit damit zu verbringen, über technische Definitionen zwischen Hungersnot und allgegenwärtigem Hunger zu streiten. Die Lage ist dramatisch und lebensbedrohlich. Wir sollten keine Argumente akzeptieren, die besagen, dass der jüdische Staat nicht mitschuldig an dieser humanitären Katastrophe sei, nur weil die Hamas der Hauptgrund dafür ist, dass viele Menschen in Gaza hungern oder kurz vor dem Hungertod stehen. Angesichts einer solch großen menschlichen Tragödie muss die wichtigste moralische Reaktion von einem gequälten Herzen ausgehen.

Unsere Tradition lehrt uns, dass alle Menschen nach dem Bild Gottes geschaffen sind. Eine daraus resultierende moralische Priorität wird sowohl in der gesamten Bibel als auch in der rabbinischen Tradition bekräftigt: die Hungrigen zu speisen – sowohl für den Einzelnen als auch für die selbstverwaltete jüdische Gemeinschaft.

Nicht wenige Mitglieder der aktuellen israelischen Regierung haben öffentlich dazu aufgerufen, die Bevölkerung des Gazastreifens zu dezimieren. Der jüngste Fall war Kulturminister Amichai Eliyahu, der die israelische Regierung am Donnerstag dafür lobte, dass sie „die Auslöschung des Gazastreifens vorantreibt“. Er fügte hinzu: „Gott sei Dank vernichten wir dieses Übel.“ Ebenso besorgniserregend sind rechtsextreme israelische Politiker, die sich dafür aussprechen, dass Israel die meisten Bewohner des Gazastreifens dauerhaft vertreibt und das Gebiet durch jüdische Siedlungen ersetzt. Wir verurteilen alle derartigen Äußerungen. Sie entsprechen weder den jüdischen Werten

noch den Werten, die in der zionistischen Vision verkörpert sind, aus der die Unabhängigkeitserklärung Israels hervorgegangen ist.

Trotz Premierminister Netanjahus Aufrufen, diese Vollmitglieder seines Kabinetts zu ignorieren, hat ihre Präsenz in dieser Regierung die Handlungen Israels immer wieder moralisch kompromittiert.

Die Aushungerung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen wird Israel weder den angestrebten „vollständigen Sieg“ über die Hamas bringen noch lässt sie sich mit jüdischen Werten oder humanitärem Recht rechtfertigen. Es ist schwer vorstellbar, dass dieser tragische Ansatz zur Freilassung der 50 verbleibenden Geiseln, darunter 20, von denen wir hoffen, dass sie noch am Leben sind, führen wird.

Es ist unerlässlich, dass die israelische Regierung dafür sorgt, dass die kürzlich angekündigten Pläne zur Lieferung humanitärer Hilfe erfolgreich umgesetzt werden. Dazu muss Israel mit internationalen Partnern zusammenarbeiten, um eine sichere und nachhaltige Lieferung zu gewährleisten. Zudem muss Israel alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um Schüsse und andere Verletzungen an Lebensmittelverteilungszentren zu reduzieren oder zu verhindern. Wir begrüßen Israels Entscheidung, es ausländischen Nationen zu erlauben, humanitäre Hilfe für die hungernde Bevölkerung in Gaza wieder aufzunehmen. Wir sind zuversichtlich, dass Israel alles in seiner Macht Stehende tun wird, um sicherzustellen, dass diese Hilfe nicht in die Hände der Hamas fällt.

Da Israel effektiv 70 % des Gazastreifens kontrolliert und beabsichtigt, auch wenn nur vorübergehend, in weiten Teilen davon zu bleiben, sollte es sich direkt engagieren. Es sollte die internationale Gemeinschaft, internationale humanitäre Nichtregierungsorganisationen und regionale Freunde unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten, um dringend notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Solche Maßnahmen wurden beispielsweise vom israelischen Reformrabbiner und Knesset-Abgeordneten Gilad Kariv vorgeschlagen.

- Verhinderung der alarmierenden Zahl von Todesfällen unter der Zivilbevölkerung in und um die Verteilungsstellen für Lebensmittel und humanitäre Hilfe.
- Eröffnung einer bedeutenden Anzahl von Lebensmittelverteilungszentren an verschiedenen Standorten im Gazastreifen.
- Groß angelegte Einfuhr von Säuglingsnahrung (insbesondere flüssiger Säuglingsnahrung) und Sicherstellung der sicheren Lieferung sowohl an funktionierende medizinische Zentren als auch an die wenigen verbleibenden internationalen Hilfseinrichtungen.
- Einrichtung sicherer Methoden – möglicherweise durch Zusammenarbeit mit Ländern der Region – für die Lieferung von Nahrungsmitteln an Hilfsorganisationen und internationale Agenturen.

- Wiederaufnahme einer ausreichenden Wasserversorgung für die Bevölkerungszentren in Gaza gemäß internationalen Gesundheitsstandards.
- Genehmigung und Unterstützung der Lieferung von Medikamenten, der Einrichtung von Feldlazaretten und Kliniken, die von verbliebenem palästinensischem medizinischem Personal, ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen betrieben werden, insbesondere in Gebieten, in denen Krankenhäuser ihren Betrieb eingestellt haben.

Schließlich ist es zwar unerlässlich, dass Israel und die USA ihre diplomatischen Bemühungen wieder aufnehmen, um alle Geiseln nach Hause zu holen und diesen Krieg zu beenden, doch die Verweigerung grundlegender humanitärer Hilfe überschreitet eine moralische Grenze. Die Blockade von Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten und Strom – insbesondere für Kinder – ist nicht zu rechtfertigen. Lassen wir nicht zu, dass unsere Trauer zu Gleichgültigkeit erstarrt oder unsere Liebe zu Israel uns blind macht für die Schreie der Schwachen. Stellen wir uns der moralischen Herausforderung dieses Augenblicks.

Union for Reform Judaism

Shelley Niceley Groff, North American Board Chair

Rabbi Rick Jacobs, President

Central Conference of American Rabbis

Rabbi David A. Lyon, President

Rabbi Hara Person, Chief Executive Officer

American Conference of Cantors

Cantor Josh Breitzer, President

Rachel Roth, Chief Operating Officer